



vfgh

Verfassungsgerichtshof
Österreich

1010 Wien, Judenplatz 11
Österreich

Mediensprecher

Mag. Christian Neuwirth

Tel ++43 (1) 531 22-525

Fax ++43 (1) 531 22-108

christian.neuwirth@vfgh.gv.at

www.vfgh.gv.at

Presseinformation

Dezember-Session des VfGH

Verfahren zu Pensionskassengesetz und Wahlen auf der Tagesordnung des Gerichtshofes

Im Verfassungsgerichtshof beginnen am Montag, 30. November 2009, die Beratungen der Dezember-Session. Sie wird bis zum 17. Dezember dauern. Auf der Tagesordnung der 14 Verfassungsrichtern und Verfassungsrichter stehen u.a. folgende Fälle:

o Drittelantrag des Nationalrates zum Pensionskassengesetz

Mit einem so genannten Drittelantrag haben Nationalratsabgeordnete an den Verfassungsgerichtshof den Antrag gestellt, Teile des Pensionskassengesetzes als verfassungswidrig aufzuheben. Obwohl die Pensionskassen in den letzten Jahren beträchtliche Verluste erlitten hätten, würde das Gesetz verhindern, dass man aus der Pensionskasse "aussteigen" könne. Die Betroffenen müssten der "weiteren Vernichtung ihres Pensionskapitals tatenlos zusehen", wie es im Antrag heißt. Die fehlende Ausstiegsmöglichkeit sei verfassungswidrig. Verletzt werde u.a. das Recht auf Unversehrtheit des Eigentums.

o Anfechtung der Landtagswahl in Oberösterreich

Die "Nationale Volkspartei (NVP)" hat die Landtagswahl in Oberösterreich vom 27. September 2009 beim Verfassungsgerichtshof angefochten.

Die Landeswahlbehörde wertete den Wahlvorschlag der NVP für den Wahlkreis 1 (Linz und Umgebung) als "nicht eingebracht". Die angestrebte Teilnahme an der Wahl sei nämlich ein "Akt der Wiederbetätigung im Sinne des Verbotsgesetzes".

Gegen die Entscheidung der Landeswahlbehörde - die NVP konnte bei der Landtagswahl daraufhin nicht kandidieren - geht die Partei nun mit der Wahlanfechtung vor.

o Habsburger-Antrag zu Bundespräsidentenwahl

Zwei Antragsteller, "Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen", bekämpfen mit einem Individualantrag, dass sie bei der kommenden Bundespräsidentenwahl nicht kandidieren dürften: Entsprechende Bestimmungen der Bundesverfassung und des Bundespräsidentenwahl-Gesetzes würden nämlich verhindern, dass sie sich um das Amt des Bundespräsidenten bewerben können. In ihrem Antrag fordern sie daher, jene Regelung, die verhindert, dass "Mitglieder solcher Familien, die ehemals regiert haben" bei der Bundespräsidentenwahl kandidieren dürfen, aufzuheben.

o Zweisprachige Ortstafeln in Kärnten

Beim Verfassungsgerichtshof sind mittlerweile wieder zahlreiche Beschwerden wegen fehlender zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten anhängig.

Auf der Tagesordnung der Dezember-Session steht eine Beschwerde in Zusammenhang mit einer "hineinmontierten Zusatztafel" in slowenischer Sprache. Diese Zusatztafel wurde in die (deutschsprachige) Ortstafel von Bleiburg gesetzt. Der VfGH wird zu entscheiden haben, ob diese Vorgangsweise der Verpflichtung gerecht wird, in Bleiburg zweisprachige Ortstafeln aufzustellen. Zu Bleiburg ist vor wenigen Tagen auch ein Antrag der Volksanwaltschaft eingelangt, der naturgemäß noch nicht entscheidungsreif ist.

Die zwölf weiteren Fälle (Stand: 27. 11. 2009) zu dieser Problematik stehen ebenfalls noch nicht auf der Tagesordnung dieser Session. Bei diesen Anträgen bzw. Beschwerden geht es um folgende Orte:

Eberndorf	(abermals vor dem VfGH; zusätzlich Antrag der Volksanwaltschaft, BH Völkermarkt)
Schwabegg	(abermals; Antrag der Volksanwaltschaft, BH Völkermarkt)
Sittersdorf	(abermals; zwei Beschwerden, BH Völkermarkt)
Hart	(abermals, BH Villach)
Edling	(abermals, BH Völkermarkt)
Bad Eisenkappel	(abermals, BH Völkermarkt)
Gösselsdorf	(neu, BH Völkermarkt)
Lauchenholz	(neu, BH Völkermarkt)
Gablern	(neu, BH Völkermarkt)
Frög	(neu, BH Villach)

o Eintragung des Geschlechtes in das Geburtenbuch

Die 14 Verfassungsrichterinne(n) und Verfassungsrichter beraten in der Dezember-Session auch über eine Beschwerde zum Thema Transsexualität. Nunmehr eine Beschwerdeführerin kämpft um den - ihrer Ansicht nach - richtigen Eintrag ins Geburtenbuch. Die Behörde weigert sich, den Wechsel des Geschlechts anzuerkennen. Die Begründung lautet im Wesentlichen, dass noch keine geschlechtskorrigierende Operation stattgefunden habe. Vorgelegte Gutachten zur Frage des Geschlechts seien überdies untauglich.

o Weitergabe von Kundendaten an die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA)

Eine Wertpapierfirma wehrt sich vor dem Verfassungsgerichtshof gegen eine Entscheidung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA). Die Aufsicht verlangt, dass für eine "routinemäßige Prüfung" - ohne konkrete Verdachtslage - Daten (Name, Adresse, Auftragsvolumen und mehr) von jenen 1000 Kunden übermittelt werden, die zuletzt Geld verlangt haben.

Die Wertpapierfirma vertritt in ihrer VfGH-Beschwerde die Auffassung, diese Vorgangsweise der FMA verletze das Grundrecht auf Datenschutz.

Der Verfassungsgerichtshof hat der Beschwerde der Wertpapierfirma eine sog. aufschiebende Wirkung zuerkannt. Dies bedeutet, dass es bis zum Abschluss des VfGH-Verfahrens keine Grundlage für die gewünschte Datenübermittlung gibt, da die Aufforderung der FMA vorerst "nicht wirkt".

Die 14 Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter setzen in der Dezember-Session außerdem ihre Beratungen zum Verfahren betreffend **verbilligte Fußballtickets für Frauen** fort.

Öffentliche Verhandlung:

Donnerstag, 3. Dezember 2009, 10.30 Uhr
Staatshaftungs-Fall nach Ausweisung eines Briten;
behauptet wird eine Fehlentscheidung des VwGH

27. November 2009